

Migrationsbeirat der
Landeshauptstadt München

Gewährleistung der internetbasierten Kommunikation über WLAN in den Gemeinschaftsunterkünften

Initiative: Görkem Sahin / A4

Antrag Nr. 54
Vollversammlung vom 08.07.2019

I. Antrag

Die Stadt München wird gebeten den Internetzugang über WLAN in den Gemeinschaftsunterkünften für geflüchtete Menschen als Informations- und Kommunikationsrecht zu erweitern.

II. Begründung

Der Zugang zum Internet ist äußerst wichtig für die Integration von geflüchteten Menschen um z.B. Informationen zu Beratungsangeboten, Sprachkursen oder Wegweisern in der neuen Heimat zu erhalten. Zudem ist das Internet für die meisten geflüchteten Menschen unabdingbar um mit den in der Heimat zurückgelassenen Menschen in Kontakt zu bleiben.

Viele der Bewohner*innen besitzen zwar ein Smartphone, aber können sich die Prepaid-Datentarife nicht leisten oder brauchen für einen Handyvertrag einen festen Wohnsitz und eine Aufenthaltsgenehmigung.

Die meisten Unterkünfte sind bereits mit einem Internetzugang ausgestattet, dennoch können die wenigsten Bewohner*innen das Angebot umfassend nutzen. Zum einen wird die Internetverbindung ab einer bestimmten Uhrzeit abgestellt und zum anderen ist das WLAN-Signal viel zu schwach um alle Räume bzw. Häuser zu erreichen.

Dies führt dazu, dass die Bewohner*innen auf dem Gang, Treppenhaus oder draußen ausharren müssen um eine Internetverbindung herzustellen. Dieser Umstand ist für die Bewohner*innen sehr frustrierend, die aufgrund ihrer besonderen Lebenssituation ohnehin benachteiligt sind.

Auch bei den Anwohner*innen führt dieser Umstand zu Spannungen, weil sich die Nachbar*innen durch die Menschenansammlung vor ihren Häusern gestört fühlen. Zum Beispiel würde die Anbringung von Repeatern in den Bereichen, in denen das WLAN-Signal noch gut ist, die Versorgung der anderen Räume erheblich verbessern. Auch die Möglichkeit ohne zeitliche Einschränkung Informationen aus dem Internet zu erhalten, muss den Bewohnern als Recht auf Information und Kommunikation gewährleistet werden.

III. Beschluss nach Antrag

Einstimmig

Dimitrina Lang
Vorsitzende des Migrationsbeirates

Colin Turner
Ausschusssprecher A4